

Das Bundeskabinett hat am 12. November 2014 das **Kleinanlegerschutzgesetz** beschlossen. Damit will die Bundesregierung auf Missstände am sogenannten Grauen Kapitalmarkt reagieren. Mit den Regelungen werden Informationspflichten für die Anbieter von Finanzanlagen erweitert. Außerdem erhält die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mehr Möglichkeiten, Verstöße zu ahnden, beispielsweise kann die Behörde auf ihrer Internetseite Maßnahmen und Bußgeldentscheidungen bekannt machen, wenn Anbieter gegen Regeln des Anlegerschutzes verstoßen. Bei erheblichen Bedenken für den Anlegerschutz oder Gefahren für das Funktionieren oder die Integrität der Finanzmärkte kann sie den Vertrieb bestimmter Finanzprodukte beschränken oder verbieten. Das Gesetz soll ab dem Frühjahr 2015 gelten. Regelungsbereiche, mit denen ursprünglich Teile der EU-Finanzmarkt-Richtlinie MiFID II vorgezogen werden sollten, sollen nun analog zu dieser EU-Vorgabe erst Anfang 2017 in Kraft treten.

Die genossenschaftlichen Primärbanken **Kölner Bank eG** und **VR-Bank Rhein-Sieg eG** haben Fusionsgespräche aufgenommen. Die Kölner Bank steht derzeit mit einer Bilanzsumme von 2,019 Milliarden Euro auf Rang 63 der nach Bilanzsumme sortierten Liste aller 1076 Genossenschaftsbanken in Deutschland. Die VR-Bank Rhein-Sieg rangiert mit 1,741 Milliarden Euro auf Platz 84. Begründet wird die Sinnhaftigkeit eines Zusammengehens beider Häuser mit zunehmenden Ansprüchen der Privatkunden an Servicekompetenz, Erreichbarkeit und Mobilität und zugleich der weiter zunehmenden Regulierung durch nationale und europäische Bankenaufsicht und die anhaltende Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank.

Am 29. Oktober 2014 wurde in Bonn der **Verband unabhängiger Family Offices (VuFO)** gegründet. Ziel ist es, Family Offices zu vernetzen, Transparenz in den Markt entsprechender Dienstleistungen zu bringen, Qualitätsstandards zu setzen und die wissenschaftliche Arbeit zum Thema zu fördern. Zu den Gründern zählen acht bankenunabhängige Family Offices.

In Großbritannien, der Schweiz und den Vereinigten Staaten verhängten die Aufsichtsbehörden in Verfahren wegen **manipulierter Devisenkurse Strafen** in Höhe von insgesamt knapp 3,4 Milliarden Dollar

12. November 2014 bis 20. November 2014

(2,7 Milliarden Euro) gegen fünf **Großbanken**. Betroffen sind Citigroup (668 Millionen Dollar), HSBC (618 Millionen Dollar), J.P. Morgan (662 Millionen Dollar), die Royal Bank of Scotland (634 Millionen Dollar) und die UBS (799 Millionen Dollar). Mit 1,77 Milliarden Dollar erlegte die britische Aufsichtsbehörde FCA den größten Teil der Strafen auf. 1,475 Milliarden Dollar werden von der US-Aufsichtsbehörde CFTC verlangt, von der Schweizer Finma sind es 138 Millionen Dollar. Gegen die Deutsche Bank ermitteln im Hinblick auf Manipulationen in diesem Bereich weiterhin Behörden in den USA und Deutschland.

Am 17. November startete das **Renminbi-Clearing** in Frankfurt unter Beteiligung von Instituten aller deutschen Bankengruppen sowie der Auslandsbanken. Unternehmen in Deutschland und der gesamten Eurozone können nun über Frankfurt ihren Zahlungsverkehr in der chinesischen Währung Renminbi taggleich abwickeln. Bislang waren Renminbi-Zahlungen nur über ausgewählte Finanzplätze in Asien, insbesondere Hongkong, möglich. Das Clearing selbst wird über die Bank of China, die auch Renminbi/Euro-Devisengeschäfte anbietet, abgewickelt. Diverse Kreditinstitute meldeten, erste Zahlungen in Renminbi über das neue Clearingzentrum der Bank of China in Frankfurt ausgeführt zu haben, darunter die Deutsche Bank, die Commerzbank und die Helaba.

Der Vorstand der **Deutschen Apotheker- und Ärztebank**, die auch in das Comprehensive Assessment der Europäischen Zentralbank einbezogen war, hat beschlossen, mit Wirkung zum 31. Dezember 2014 die im Jahr 2010 begebene und nicht börsennotierte **stille Beteiligung** in Höhe von 197,7 Millionen Euro der Capital Issuing 2010 GmbH an dem Institut zu kündigen. Unter dem Regime von Basel III wird die stille Beteiligung nicht mehr vollständig als haftendes Eigenkapital im Sinne des KWG anerkannt. Die Rückzahlung soll vertragsgemäß zum 31. Juli 2015 erfolgen. Die Tier 1 Kapitalquote, die zum 30. Juni 2014 bei 20,7 Prozent lag, reduziert sich

mit Wegfall der stillen Beteiligung um rund 1,5 Prozentpunkte.

Die **Deutsche Bank AG** hat im November zusätzliches **Kernkapital** (Additional Tier 1 Kapital) in Form von Wertpapieren mit unbefristeter Laufzeit im Nennwert von 1,5 Milliarden US-Dollar (1,2 Milliarden Euro) begeben. Das erste Datum, zu dem die Bank die Wertpapiere kündigen kann, ist der 30. April 2025. Die Wertpapiere sind bei der US Securities and Exchange Commission registriert. Die Wertpapiere unterliegen einer Abschreibungsregelung, wenn die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Kapitalquote) bei schrittweiser Umsetzung gemäß CRD4 unter die Schwelle von 5,125 Prozent fällt, und haben weitere Verlustabsorbierende Eigenschaften gemäß den relevanten Kapitalregeln.

Die **Münchener Hypothekbank eG** kündigt zum 31. Dezember 2014 die **stille Beteiligung** mit der Isar Capital Funding I LP in Höhe von 100 Millionen Euro. Die Rückzahlung erfolgt am 30. Juni 2015. Nach den Bestimmungen der Capital Requirements Regulation (CRR) wird die stille Beteiligung der Isar Capital Funding I LP nur noch für eine Übergangszeit als zusätzliches Kernkapital anerkannt. Die Münchener-Hyp hat ihr hartes Kernkapital dieses Jahr um 415 Millionen Euro aufgestockt. Sie war in das Comprehensive Assessment der Europäischen Zentralbank (EZB) einbezogen und hat seit Anfang November höhere Eigenkapitalanforderungen der EZB zu erfüllen. Zum 30. September 2014 weist die Bank eine Gesamtkapitalquote von 19,7 Prozent, eine Kernkapitalquote von 15,6 Prozent und eine harte Kernkapitalquote von 12,3 Prozent aus.

Die britische Beratungsgesellschaft **Mercer**, die zu der börsennotierten Unternehmensgruppe Marsh & Mc Lennan gehört, hat angekündigt, die Züricher **SCM Strategic Capital Management** zu übernehmen. SCM ist als Anlageberater für institutionelle Kunden im Bereich alternativer Assets (Private Equity, Real Estate und Infrastruktur) tätig. Mercer hat in den letzten Jahren ihr Investmentgeschäft ausgebaut und verwaltete gemäß eigenen Angaben zum 30. September 2014 rund 108 Milliarden, davon 13 Milliarden Dollar in Alternativen Anlagen. Die Transaktion soll voraussichtlich im ersten Quartal 2015 abgeschlossen sein, vorbehaltlich der Genehmigungen durch die Aufsichtsbehörden.